

Inhalt

BMBF

Immer mehr Azubis sammeln Auslandserfahrung

ZDH

Allianz für Aus- und Weiterbildung

Bundesagentur für Arbeit

Bestand der Langzeitleistungsbezieher (Hartz IV)

Bildungsklick

Betreuungsquoten in MINT-Fächern an Hochschulen

ZDH

Duale Ausbildung hilft gegen Jugendarbeitslosigkeit

Eurostat

Jugend in der EU ohne Jobs

Die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-jährigen in Europa (einige ausgewählte Staaten)

ZDH

Bundestag stärkt den Meisterbrief und die duale Ausbildung

Statistisches Bundesamt

- 138 500 Deutsche studierten 2012 im Ausland
- 3 % weniger junge Leute im Übergangsbereich
- Öffentliche Bildungsausgaben steigen 2014

BIBB

- Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2014
- Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Neue Chancen für Betriebe und Studienaussteiger

BMBF

- Bildungsdaten leichter zugänglich machen
- Beste Aussichten für Hochschulen und Studierende

Führungskräftekongress Berufliche Schulen 2015
1.-2. Oktober 2015, in Berlin
„Schule effektiv führen“

Jetzt anmelden und Vorteilsbedingungen nutzen!

www.bbs-führungskräfte.de

BMBF

Immer mehr Azubis sammeln Auslandserfahrung

Immer mehr Auszubildende in Deutschland nutzen das neue europäische Bildungsprogramm Erasmus+, um während der Ausbildung ins Ausland zu gehen. Nach Angaben der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) ist ihre Anzahl 2014 deutlich gestiegen. Knapp 18.000 junge Menschen haben 2014 während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt in einem der 33 am Programm teilnehmenden europäischen Staaten durchgeführt. Dies sind 2.000 beziehungsweise 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Spitzenreiter unter den Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen mit knapp 4.300 Stipendiaten, gefolgt von Bayern mit rund 2.800 bewilligten Stipendien. Damit setzt sich der starke Anstieg der Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung auch im Jahr 2014 fort.

mehr: <http://www.bmbf.de/press/3713.php>

ZDH

Allianz für Aus- und Weiterbildung

Am 12. Dezember 2014 wurde die Allianz für Aus- und Weiterbildung unterzeichnet. Sie stellt eine Weiterentwicklung des in diesem Jahr endenden "Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" dar. Die bisherigen Partner des Ausbildungspakts Bund (Bundesministerien für Wirtschaft und Energie, Bildung und Forschung sowie Arbeit und Soziales, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Wirtschaft (Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Bundesverband Deutscher Arbeitgeber sowie Bundesverband Freier Berufe) und Länder (Kultusministerkonferenz) setzen ihre Arbeit fort. Erstmals beteiligen sich Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit sowie seitens der Länder die Wirtschaftsministerkonferenz und die Arbeits- und Sozialministerkonferenz als Partner der Allianz.

Als wesentliche Handlungsschwerpunkte wurden vereinbart, Jugendliche künftig besser auf den Beruf und die Arbeitswelt vorzubereiten, allen Jugendlichen eine Chance auf eine - vorrangig betriebliche - Ausbildung zu geben, die Attraktivität und die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern sowie die berufliche Weiterbildung zu stärken.

mehr: <http://www.zdh.de/themen/bildung/allianz-fuer-aus-und-weiterbildung.html>

Bundesagentur für Arbeit

Bestand der Langzeitleistungsbezieher (Hartz IV)

Im Juli 2014 (letzte vorhandene Statistik) waren 2.971.558 Personen Langzeitleistungsbezieher, das sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die ab dem 17. Lebensjahr in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfsbedürftig waren.

Davon hatten nach Schulabschluss:

- 932.605 Personen einen Hauptschulabschluss,
- 515.156 Personen die Mittlere Reife,
- 75.338 Personen die Fachhochschulreife und
- 134.546 Personen das Abitur oder die Hochschulreife.

Davon nach Berufsabschluss:

- 1.253.551 Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung,
- 866.275 Personen mit betrieblicher oder schulischer Ausbildung und
- 65.921 Personen mit akademischer Ausbildung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Bildungsklick

Betreuungsquoten in MINT-Fächern an Hochschulen

Während sich das Betreuungsverhältnis an Fachhochschulen und Universitäten in den letzten Jahren trotz steigender Studierendenzahlen insgesamt kaum verändert hat, ist die Situation in den MINT-Fächern deutlich schlechter geworden. Für die Begleitung der Studierenden bis zum erfolgreichen Studienabschluss standen 2012 weniger Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen zur Verfügung als noch im Jahr 2003. In der Studie untersucht das Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) die Entwicklung der Betreuungsrelationen an den Universitäten und Fachhochschulen sowie in den einzelnen Fächergruppen von 2003 bis 2012.

Die gute Nachricht: Während in diesem Zeitraum die Zahl der Studierenden in Deutschland um fast 30 Prozent gestiegen ist, hat sich das durchschnittliche Betreuungsverhältnis von Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern zu Studierenden über alle Fächer und Hochschulen kaum verändert. Es fällt jedoch auf, wie ungünstig sich die Zahlen in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften) entwickelt haben. Gerade in den für den Wirtschaftsstandort Deutschland relevanten Ingenieur- und Naturwissenschaften haben sich die Relationen drastisch verschlechtert - und dass, obwohl eine gute Betreuungssituation wichtig für einen erfolgreichen Studienabschluss ist. Diese Entwicklung steht in Einklang mit den in den meisten Ländern gesunkenen Ausgaben je Studierenden, wie eine FiBS-Studie für die Konrad-Adenauer-Stiftung vor wenigen Monaten gezeigt hat.

Kamen im Jahr 2003 im Bundesdurchschnitt 15,6 Studierende der Ingenieurwissenschaften auf eine Wissenschaftlerstelle, so waren es 2012 bereits 22,4; dies ist eine Steigerung um fast 50 Prozent. Besonders gravierend sind die Veränderungen an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt sowie an den Fachhochschulen in Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Hier musste jeder Wissenschaftler 2012 über zehn Studierende mehr betreuen als noch zehn Jahre zuvor.

Die gestiegenen Betreuungsrelationen in den MINT-Fächern könnten einer der Gründe für die hohen Studienabbruchquoten in den Ingenieur- und Naturwissenschaften sein, sagte Dr. Dieter Dohmen, der Direktor des Forschungsinstituts.

mehr: <http://bildungsklick.de/pm/92866/betreuungsquoten-in-mint-faechern-an-hochschulen-deutlich-schlechter-als-2003/>

ZDH

Duale Ausbildung hilft gegen Jugendarbeitslosigkeit

Gegen die Perspektivlosigkeit von Millionen jungen Menschen in den EU-Krisenländern will ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer die duale Ausbildung nach deutschem Vorbild

setzen. "Sie ist ein Breitbandantibiotikum gegen Jugendarbeitslosigkeit", so Wollseifer in Brüssel.

"Das deutsche Handwerk ist bereit, das duale System in anderen Ländern mit aufzubauen. Es ist ein Breitbandantibiotikum gegen Jugendarbeitslosigkeit. Wir können nicht fünf Millionen Menschen in die Perspektivlosigkeit laufen lassen. Dabei müssen wir auch über finanzielle Anreize zugunsten der dualen Ausbildung der jungen Leute reden. Die EU muss über entsprechende Instrumente nachdenken. Dafür braucht es keine zusätzlichen Mittel, sondern die bisher bei der EU nicht abgefragten. Und sie sollen nicht mit der Gießkanne verteilt werden.

Europa braucht mehr Qualifikation, mehr unternehmerische Kompetenz, um wettbewerbsfähiger zu werden und Jobs gerade auch für Jugendliche zu schaffen. Setzen wir auf beste Praktiken, lernen wir miteinander und voneinander."

Quelle: ZDH

Jugend in der EU ohne Jobs

Die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-jährigen in Europa (einige ausgewählte Staaten)

Spanien	53,7%	Belgien	23,3%
Griechenland	51,5%	Polen	22,8%
Italien	44,2%	Schweden	22,1%
Kroatien	43,9%	Ungarn	20,9%
Zypern	37,1%	Finnland	19,8%
Portugal	35,8%	Dänemark	12,5%
Irland	25,2%	Niederlande	10,1%
Frankreich	24,0%	Österreich	8,2%
	Deutschland	7,6%	

Quelle: Eurostat

ZDH

Bundestag stärkt den Meisterbrief und die duale Ausbildung

Nach Bundesregierung und Bundesrat hat sich heute auch der Deutsche Bundestag klar zum Meisterbrief und zum qualifikationsgebundenen Berufszugang im Handwerk bekannt. Das Handwerk werde so gestärkt an seinem Ziel festhalten, durch hohe Qualifikationsstandards für Ausbildung, Qualität und Verbraucherschutz bei handwerklichen Leistungen in Deutschland zu sorgen, bekräftigt Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH).

Wollseifer begrüßt, dass sich die Abgeordneten fraktionsübergreifend mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen für den Antrag der Regierungsfractionen "Der deutsche Meisterbrief – Erfolgreiche Unternehmerqualifizierung, Basis für handwerkliche Qualität und besondere Bedeutung für die Ausbildung" ausgesprochen haben. Das sei ein eindeutiges, unumkehrbares Signal an die EU, so Wollseifer. Zudem enthält der Antrag viele weitere Punkte, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, das Handwerk und seine Selbstverwaltung zu stärken.

Mit einer Ausbildungsquote von acht Prozent bilden Handwerksbetriebe doppelt so viel aus wie andere Wirtschaftsbereiche. 95 Prozent der Jugendlichen werden dabei in meisterpflichtigen Gewerken ausgebildet. Viele von ihnen wechseln als hochqualifizierte Fachkräfte in andere Wirtschaftsbereiche. Somit leistet das Handwerk einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur europaweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit.

Von daher beobachtet das Handwerk mit Sorge die kontinuierlichen Angriffe aus Brüssel auf den Meisterbrief, das duale System und auf seine institutionellen Voraussetzungen. Das deutsche Ausbildungsmodell ist "best practice" in Europa. Es darf nicht unter dem Deckmantel der Deregulierung ausgehöhlt werden.

Quelle: ZDH

Statistisches Bundesamt 138 500 Deutsche studierten 2012 im Ausland

Im Jahr 2012 waren 138.500 deutsche Studentinnen und Studenten an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren dies 1,8 % oder 2.500 Studierende mehr als im Jahr 2011. In den letzten zehn Jahren zog es immer mehr deutsche Studierende ins Ausland: Während im Jahr 2002 auf 1.000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen 34 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland kamen, war dieses Verhältnis 2012 mit 62 bald doppelt so hoch.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt 3 % weniger junge Leute im Übergangsbereich

Im Jahr 2013 besuchten 293.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Bildungsprogramm des Übergangsbereichs. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, entspricht das einem Rückgang von 3 % gegenüber dem Vorjahr.

Bildungsprogramme des Übergangsbereichs haben das Ziel, durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder auch durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt Öffentliche Bildungsausgaben steigen 2014

Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2014 Bildungsausgaben in Höhe von 120,6 Milliarden Euro veranschlagt, das sind 3,6 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt das Statistische Bundesamt (Destatis) im Bildungsfinanzbericht 2014, der am 11. Dezember 2014 veröffentlicht wurde. Der Bildungsfinanzbericht wurde vom Statistischen Bundesamt (Destatis) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz erstellt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

BIBB

Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2014

Während der Trend zum Studium mit rund 500.000 Studienanfängern pro Jahr unvermindert anhält, ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2014 erneut gesunken. Mit insgesamt 522.200 Verträgen wurden rund 7.300 Verträge weniger abgeschlossen als im Vorjahr (-1,4 %). Dies sind erste Ergebnisse der Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September sowie der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Innerhalb der letzten 15 Jahre haben sich damit die Verhältnisse zwischen beruflicher und akademischer Bildung grundlegend verschoben.

Wesentliche Ursache für die nochmals gesunkene Zahl der Ausbildungsverträge ist der starke Rückgang der Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen, die drei Viertel aller Auszubildenden stellen. Ihre Zahl sank nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 714.800 im Jahr 2004 auf 551.300 im Jahr 2014. Diese Entwicklung ist nur zum Teil auf den Trend zur schulischen Höherqualifizierung und damit zum Abitur zurückzuführen. Entscheidend ist die sinkende Zahl von Jugendlichen als Folge der demografischen Entwicklung.

Betriebe finden deshalb für eine steigende Zahl ihrer Ausbildungsplatzangebote keine Auszubildenden mehr. So blieben 2014 nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 37.100 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt. Das sind rund 3.400 mehr als im Vorjahr (+ 10 %).

Die duale Berufsausbildung gilt zwar als Garant der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, doch gerät gerade dieser Bildungssektor zunehmend unter Druck. Denn in den kommenden zehn Jahren wird die Zahl der Schulabgänger mit maximal mittlerem Schulabschluss um weitere 101.700 auf dann nur noch 449.600 zurückgehen.

Weitere Informationen unter: www.bibb.de/ausbildungsmarkt2014

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

BIBB

Jugendlichen mit Migrationshintergrund

An der Ausbildungsmotivation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt es nicht, dass ihnen der Einstieg in eine Berufsausbildung seltener gelingt als Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Denn ihr Interesse an einer Berufsausbildung, dies belegen wissenschaftliche Untersuchungen, ist ähnlich hoch wie bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Außerdem sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, wenn ihnen der Einstieg in eine Berufsausbildung gelingt, etwa so erfolgreich wie andere Jugendliche. Drei von vier Betrieben sind mit der Leistung ihrer Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen zufrieden.

Dennoch haben Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen sowie bei gleichen Berufspräferenzen und Suchstrategien schlechtere Zugangschancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Bewerber und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund (55 %) werden zum Beispiel von den Betrieben seltener zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen als Jugendliche ohne

Migrationshintergrund (67 %). Folglich bleiben junge Erwachsene mit Migrationshintergrund (35 %) dreimal so oft ohne anerkannten Berufsabschluss wie junge Erwachsene ohne Migrationshintergrund (11 %).

Informationen der Bundesregierung zum 7. Integrationsgipfel unter: www.bibb.de

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

BIBB

Neue Chancen für Betriebe und Studienaussteiger

Die Integration von Studienaussteigern in die duale Berufsausbildung eröffnet sowohl für das System der beruflichen Bildung selbst als auch für die Betriebe und die betroffenen jungen Erwachsenen vielfältige neue Möglichkeiten. Jedoch dürften solche Bemühungen nicht dazu geeignet sein, die aktuellen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen. Denn junge Erwachsene, die ihr Studium vorzeitig beenden, werden sich eher nicht für die momentan bereits notleidenden Branchen, Betriebe und Berufe interessieren.

Dies sind Ergebnisse einer Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter rund 300 Expertinnen und Experten der beruflichen Bildung. Die Mehrheit der vom BIBB befragten Berufsbildungsfachleute sieht in der Gewinnung von Studienaussteigern für duale Ausbildungsgänge einen wichtigen Beitrag, um die drohende Fachkräftelücke zu verringern - jedoch nur in bestimmten Berufen, Betrieben und Branchen.

Als "sehr gering" stufen die Expertinnen und Experten die Erfolgsaussichten ein, Studienaussteiger als Auszubildende für die von Nachfrage- und Besetzungsproblemen besonders betroffenen Bereiche der dualen Berufsausbildung gewinnen zu können. Dies gilt insbesondere für Klein- und Handwerksbetriebe sowie Gastronomieberufe.

Voraussetzung für tragfähige Lösungen ist nach Meinung der Expertinnen und Experten jedoch, dass Betriebe und Studienaussteiger besser zusammenfinden. Wichtig sei hierbei, die Kammern, Wirtschaftsverbände, Hochschulen, Berufsschulen und die Arbeitsagenturen frühzeitig mit einzubeziehen.

Genau hier werden Projekte ansetzen, die innerhalb des vom BIBB im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführten Programms JOBSTARTER ab Januar 2015 gefördert werden. Mit ihnen sollen Studienaussteiger für die Berufsausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gewonnen werden.

Weitere Informationen unter: www.jobstarter.de/de/leistungsstarke-jugendliche-83.php
oder unter: www.bibb.de/de/687.php

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

BMBF

Bildungsdaten leichter zugänglich machen

Was geschieht mit den Daten der empirischen Bildungsforschung, die mit erheblichen Kosten und häufig nicht geringen Belastungen für die untersuchten Schulen und Kindertagesstätten erhoben wurden?

Damit diese wichtigen Daten nicht nur kurzfristig genutzt, sondern auch sicher aufbewahrt werden und für die weitere wissenschaftliche Nutzung auffindbar und zugänglich sind, werden sie ab sofort vom Verbund "Forschungsdaten Bildung" aufgenommen.

Die Forschungsdaten werden dezentral bei den drei beteiligten Zentren archiviert und aufbereitet, der Zugriff der Nutzer auf ebendiese Daten erfolgt jedoch zentral. Ein serviceorientiertes Nutzungskonzept sowie Schulungen zum nachhaltigen Datenmanagement ergänzen das Angebot der Institute.

Weitere Informationen:

www.bmbf.de/pub/Flyer_Verbund_Forschungsdaten_Bildung.pdf
www.forschungsdaten-bildung.de

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BMBF

Beste Aussichten für Hochschulen und Studierende

Einstimmig hat der Bundesrat einer Änderung des Grundgesetzes zugestimmt, die Bund und Ländern neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Wissenschaft öffnet. Die Kooperationen von Bund und Ländern zur Unterstützung der Hochschulen können nun in einer neuen Qualität langfristig und strategisch weiterentwickelt werden. Diese neuen Möglichkeiten kommen Studierenden, Lehrenden und auch der Forschung zu Gute.

Durch die Änderung des Artikels 91b im Grundgesetz wird eine langfristige Kooperation zugunsten von Hochschulen möglich. Bund und Länder können so auf Grund von Vereinbarungen bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken. Bisher durfte der Bund die Hochschulen nur in zeitlich begrenzten Fällen unterstützen.

In der Sitzung stimmte der Bundesrat außerdem der Novellierung des BAföG zu. Mit dem 25. BAföG-Änderungsgesetz übernimmt der Bund vom 1. Januar 2015 an die vollständige Finanzierung des BAföG. Über die milliardenschwere Entlastung der Länder hinaus hebt der Bund zum Schuljahr 2016/17 bzw. zum Wintersemester 2016/17 die Bedarfssätze und Freibeträge um sieben Prozent an, Wohnzuschlag und Kinderbetreuungszuschlag werden überproportional gesteigert.

Zudem enthält die Novelle inhaltlich-strukturelle Änderungen. Ab dem ersten vollen Wirkungsjahr 2017 werden hierfür mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge wird der Kreis der BAföG-Empfänger im Jahresdurchschnitt um rund 110.000 Studierende und Schüler erweitert. Die Zahl der Geförderten wird so 2017 auf den höchsten Wert seit mehr als 30 Jahren steigen.

Weitere Informationen: <http://www.bmbf.de/de/17975.php> und unter <http://www.bmbf.de/de/24198.php>

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)



Den nächsten Newsletter erhalten Sie am 21.1.2015